

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 13.07.2015

**Ort: in der Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße,
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Ortsamtsleiter: Peter Nowack (Vorsitz)

Verwaltungsbeamtin: Heike Rohde (Protokoll)

Beiratsmitglieder:

Fritjof Balz

Jens Behlke

Thilo Bensch

Kay Bienzeisler

Brigitte Dettmer

Reinhold Koch

Anke Krohne

Walter Meyer

Andreas Pfaff

Ute Reimers-Bruns

Jutta Riegert

Mark Runge

Alex Schupp

Hans-Gerd Thormeier

Es fehlten:

Ralf Schwarz, entschuldigt

Susanne Weidemann, entschuldigt

Gäste

Hartmut Cassens, stv. Leiter Polizeirevier Blumenthal

Marcel Poupier, Quartier gGmbH

Michael Rollnik, SuperFly Disc Sports

Carola Schulz, Quartiersmanagement Blumenthal

Marleen Wursthorn, Referat 23 bei der Senatorin für Soziales, Kinder,
Jugend und Frauen

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
3. (19:10 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

4. (19:15 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Bürgerantrag: Ortsteil „Niertel“ auf dem BWK-Gelände gründen
5. (19:25 Uhr) Konzept zum sozialräumlichen Ausbau und zur Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung bis zum Kindergartenjahr 2019-2020 / hier: quantitativer Ausbau der Plätze ab 2016 in Blumenthal dazu: Marleen Wursthorn, Referat 23 Senatorin für Soziales
6. (20:10 Uhr) Kultur im Stadtteil – Planungen für die nächsten Jahre dazu: Marcel Pouplier, Quartier gGmbH
7. (20:40 Uhr) Bericht aus dem WIN-Quartier Blumenthal dazu: Carola Schulz, Quartiersmanagerin
8. (21:00 Uhr) Disc-Golf auf der Bahrsplate dazu: Michael Rollnik, SuperFly Disc Sports
9. (21:20 Uhr) Vergabe von Globalmitteln
10. (21:30 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. SPD – Anforderung des Arbeitsprogramms für die Bearbeitung der Bauleitpläne
 - b. Die Linke – Antrag zur Besichtigung des Tanklagers
 - c. SPD – Antrag auf Veröffentlichung des neuesten Sachstandsberichtes zum Tanklager Farge
 - d. SPD – Erstellung eines neuen Parkplatzkonzeptes für das Blumenthaler Zentrum
 - e. FDP – Berücksichtigung kleiner Parteien in der Beirätekonzferenz
11. Wahl eines Mitglieds für den Ausschuss „Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen“ gemäß § 12 Abs. 9 e) GO
12. (21:45 Uhr) Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Annahme der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und lässt über die Annahme der Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis:

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Die Tagesordnung wird damit wie vorliegend abgearbeitet.

TOP 2: Mitteilungen

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

a.

Herr Nowack berichtet über den Sachstand zum VEP 58 (Neubau eines ALDI-Marktes an der Schwaneweder Straße). Demnach haben die Investoren alles umgeplant, auf das Ärztehaus wird verzichtet und die Anlieferung findet nur über die Schwaneweder Straße statt.

Zudem gibt es ein neues Verkehrskonzept mit einer Überquerungsmöglichkeit der Schwaneweder Straße mit einer Ampelanlage und ein neues Lärmschutzgutachten. Weiter wird die Verkehrsplanung gerade überarbeitet. Die Verschickung der Planunterlagen soll noch vor den Sommerferien stattfinden. Ziel ist es, einen Auslegungsbeschluss in der Septembersitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr zu erreichen Es

soll erreicht werden, rechtzeitig vorher eine neue Einwohnerversammlung und einen Beschluss des Beirats herbeizuführen.

b.
Keine

TOP 3: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Krohne hat folgende Anregungen:

1. Sie bittet, wie schon schriftlich mitgeteilt, kurzfristig eine Sitzung des Ausschusses Tanklager zu terminieren. Eine Sitzung erst im September erachtet sie als für zu spät.
2. Einrichtung einer Beiratssprechstunde, wie kürzlich in der Zeitung angeregt und wie von ihr bereits mehrfach in der letzten Legislaturperiode beantragt.
3. Zudem sollte sich der Beirat über die Einrichtung einer Facebook-Gruppe Gedanken machen.

Herr Nowack antwortet:

zu 1. Die Terminierung der Ausschüsse sollte im Sprecherausschuss besprochen werden, da auch andere Ausschusssprecher Sitzungen anberaumen wollen. Eine Vorbesprechung der Ausschusssprecher ist sinnvoll. Zudem müssten personelle Ressourcen des Ortsamts, Terminpläne und die parlamentarische Sommerpause berücksichtigt werden.

zu 2. Möglicherweise kann das Ortsamt hierzu Räume im Rathaus zur Verfügung stellen, da diese allerdings barrierefrei sein müssen, ist eine Absprache mit dem Jobcenter notwendig.

zu 3. Eine Facebook-Gruppe unterliegt der Selbstorganisation des Beirats.

Herr Thormeier würde zu Punkt 2 gerne die Modalitäten im Sprecherausschuss besprechen.

Herr Pfaff fragt nach dem Sachstand zum Thema „Strandhalle“ und bittet um einen Vor-Ort-Termin mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) am Recyclinghof wegen der Beschilderung.

Herr Nowack verweist auf den internen Bereich der Homepage, in dem ein Schreiben von Immobilien Bremen zur Strandhalle zu finden ist und erklärt, der Auftrag zur Beschilderung wurde seitens des ASV bereits erteilt und soll zusammen mit einem anderen Thema abgearbeitet werden.

Herr Behlke fragt, wann in diesem Monat Sitzungen der Ausschüsse für „Bildung, Kinder und Jugendinteressen“ und „Sport, Kultur und Freizeit“ stattfinden.

Herr Nowack erklärt, in diesem Monat würden keine Ausschusssitzungen mehr stattfinden, die Terminkette werde im Sprecherausschuss diskutiert.

TOP 4: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

a. Bürgerantrag: Ortsteil „Niertel“ auf dem BWK-Gelände gründen

Der Antragsteller A erläutert, der Antrag solle nicht wortwörtlich verstanden werden, sondern als Denkanstoß und „sei im Subtext zu verstehen dahingehend, wie das BWK-Gelände abweichend von Industrie und Gewerbe genutzt werden könne“.

Herr Thormeier findet die grundsätzliche Intention gut, fasst den Antrag in der vorliegenden Form allerdings als Satire auf. Er regt an, den Antrag so umzuformulieren, dass er auch ernst genommen werden könne.

Herr Balz schließt sich Herrn Thormeier an und würde die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) erst einmal walten lassen. Es sei wichtiger, fehlende Arbeitsplätze zu ersetzen als den Namen des Geländes zu ändern.

Frau Reimers-Bruns schließt sich den Vorrednern an und merkt an, dass sich schon viele Menschen ernsthaft mit diesem Thema auseinandergesetzt hätten und der vorliegende Antrag eher eine „Veräppelung“ sei.

Frau Krohne findet zwar die Anregung, nicht aber den Antrag gut.

Herr Koch meint, Blumenthal habe es nötig, dass nicht nur Industriearbeitsplätze im Fokus stünden, es sei auch ein kultureller Anteil auszuformen. Der Antrag sei aber etwas an den Köpfen vorbeigegangen. Vielleicht möge der Antragsteller den Antrag überdenken und neu formulieren.

Der Antragsteller A meint, die Sichtbarkeit seiner Adresse auf der Leinwand während der Beiratssitzung sei ein datenrechtlicher Fehler und von daher zu rügen.

Herr Nowack erläutert, dass während öffentlicher Beiratssitzungen die Bürger immer erklären müssten, wo sie in Blumenthal wohnten, dies jedoch nicht im Internet veröffentlicht werde.

Dann lässt er über den Antrag abstimmen.

Ergebnis:

0 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Bürgerin B reicht einen schriftlichen Antrag ein mit der Bitte, ein „Spielmobil“ für die Bürgermeister-Kürten-Straße zu initiieren. Sie erläutert, dass ihr sehbehinderter Sohn auf dem vorhandenen Spielplatz sowohl von anderen Kindern als auch von Eltern bedroht werde.

Die Beiratsmitglieder verständigen sich darauf, den Antrag im Sprecherausschuss weiter zu behandeln.

TOP 1: Konzept zum sozialräumlichen Ausbau und zur Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung bis zum Kindergartenjahr 2019-2020 / hier: quantitativer Ausbau der Plätze ab 2016 in Blumenthal dazu: Marleen Wursthorn, Referat 23 Senatorin für Soziales

Frau Wursthorn stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zum Protokoll*) zunächst Teil 1 des „Konzeptes zum sozialräumlichen Ausbau und zur Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung bis zum Kindergartenjahr 2019-2020 / quantitativer Ausbau der Plätze ab 2016 in Blumenthal“ vor. Den Planungen nach soll es ca. 30 neue Einrichtungen in der Gesamtstadt geben, um bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 folgende Ziele erreichen zu können:

- Eine 50 % Versorgungsquote für 0-<3-Jährige in jedem einzelnen Stadtteil
- Eine 98 % Versorgungsquote für 3-<6-Jährige in jedem einzelnen Stadtteil durchgängige Angebote für 0-<6-Jährige in allen Einrichtungen
- Durchgängige pädagogische Förderung, um „Elternstress“ abzubauen etc.

Damit würden für die 0-<3-jährigen 967 zusätzliche Plätze und für die 3-<6-jährigen 1.497 zusätzliche Plätze geschaffen.

Für das Kindergartenjahr 2015/16 wurde für Blumenthal bereits die Einrichtung von zwei neuen Krippengruppen in der St. Nicolai-Krippe beschlossen.

Anschließend werden diverse Fragen beantwortet:

Bürger C meint, die genannten Zahlen wären sehr explizit und er möchte wissen, wie die Zahlen sich zusammensetzen.

Frau Wursthorn erläutert, die Versorgungsquote werde aus der Anzahl der Plätze in den Einrichtungen und der Tagespflege und der Geburtenrate ermittelt.

Frau Reimers-Bruns irritiert, dass zwar zwei Krippengruppen in St. Nicolai eingerichtet werden sollen, jedoch die Planungen der reformierten Kirchengemeinde Blumenthal zur Errichtung einer neuen Krippengruppe nicht erwähnt werden.

Frau Wursthorn meint, auf diesen Punkt werde sie später noch eingehen.

Herr Thormeier fragt, welche Erfahrungswerte zugrunde liegen, um auf eine Versorgungsquote von 50 % zu kommen.

Frau Wursthorn erläutert, dass die Quote für 2017 vom Deutschen Jugendinstitut e. V. errechnet wurde. Demnach soll eine Versorgungsquote von 35 % ausreichend sein, sobald der Rechtsanspruch auf Kita-Plätze in Kraft tritt. In Bremen habe man jedoch schnell gemerkt, dass das nicht reichen werde. Je höher allerdings das Angebot sei, desto höher werde auch die Nachfrage. Deswegen werde man zu einer benötigten Quote von 50 % kommen. Zudem solle Qualität geliefert werden, man wolle nicht immer nur „hinterher rennen“.

Herr Meyer begrüßt die Angelegenheit, fragt sich jedoch, wie die Umsetzung möglich sei angesichts der Bremer Finanzlage.

Herr Schupp errechnet, dass für 30 neue Einrichtungen auch etwa 300 neue Betreuer gebraucht werden und fragt, wo diese herkommen sollen.

Frau Wursthorn antwortet Herrn Meyer, dass das Ressort den Auftrag vom Senat bekommen habe, dieses Konzept zu schreiben. Es sei jedoch Aufgabe der Politik, die nötigen Finanzierungsmittel freizugeben.

Ein Personalteil sei Bestandteil des Konzepts, dieses könne im Internet eingesehen werden (Adresse: <http://www.kinderbetreuungskompass.de/Informieren.html>).

Herr Behlke meint, bei der Weiterentwicklung frühkindlicher Bildung gelte es vor allem, dass Kinder mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache erlernen würden. Er fragt, ob deutsche Sprachförderungen angeboten werden, um diese Kinder zu integrieren.

Frau Wursthorn erwidert, für die frühkindliche Bildung spiele die Sprache keine Rolle.

Bürger D möchte wissen, wo das Konzept nachzulesen sei. Weiter bezieht er sich auf die Aussage, dass höhere Angebote auch eine Geburtenratensteigerung nach sich ziehen würden und fragt, wie die qualitativen Angebote dann auch von der Zeit her aussehen würden. Im Osten gebe es bereits 24-Stunden Angebote - wurde auch hier analysiert, wie viele alleinerziehende Mütter da seien, die wegen Teilzeitarbeit bzw. Schichtdienst die Angebote evtl. nicht wahrnehmen könnten?

Frau Wursthorn berichtigt, dass eine Ausweitung nicht die Geburtenrate, sondern die Nachfrage steigern würde. Die Stundenanzahl der Betreuung sei kein qualitativer Aspekt und die Qualität der Angebote sei nicht an Stundenzahlen gebunden. Es werden erfahrungsgemäß immer mehr 8-Stunden-Plätze nachgefragt. Die Träger seien gehalten, die Angebote den Bedarfen der Eltern entsprechend anzubieten. Es wird nicht erfasst, wie viele Kinder von Alleinerziehenden betreut werden.

Frau Wursthorn erläutert nunmehr Teil 2 des Konzepts, die Angebotsstruktur und Entwicklung im Stadtteil Blumenthal ab 2016. Als Neubau im bzw. für den Stadtteil Blumenthal ist im Kindergartenjahr 2017/18 das ehemalige Nordenholz-Gebäude für eine 6-gruppige Einrichtung (für ca. 100 Kinder) geplant. Zusätzlich befindet sich das Ressort in Gesprächen mit der St.-Marien-Gemeinde, um Alternativen zu haben, sollte sich die Nachfrage – auch durch Zuzüge – weiter erhöhen.

Es folgt eine weitere Diskussionsrunde. (Anm.: Zur besseren Übersicht werden die Antworten von Frau Wursthorn im Protokoll den Fragen angegliedert; während der Sitzung wurden die Fragen gesammelt und anschließend beantwortet)

Herr Pfeiff dankt für die Informationen und bezieht sich auf die möglichen Zuwächse durch Zuwanderung. Er fragt, wie schnell St.-Marien in das Angebot integriert werden könne.

Antwort:

Hier würde es sich um einen weiteren Neubau handeln, der entsprechend lange brauchen werde. Da Neubauten generell länger dauern würden, seien auch die Plätze auf dem Nordenholz-Gelände erst für das Kindergartenjahr 2017/18 ausgewiesen. Es werden realistische Planungen beabsichtigt.

Herr Balz möchte wissen, bei wie vielen Gebäuden, die sich im Besitz von Immobilien Bremen befinden, geprüft worden sei, ob ein Ausbau machbar wäre, um Ankäufe zu vermeiden. Als Beispiel nennt er den „Sattelhof“. Weiter merkt er an, dass seines Erachtens die zusätzlich notwendigen Plätze durch Zuzüge zu gering kalkuliert seien. Er möchte weiter wissen, wie es mit Nach-(mittags)-betreuungen durch Horthäuser aussieht.

Antwort:

Das Ressort arbeitet eng mit Immobilien Bremen zusammen. Man habe alles geprüft, was möglich erschien, übrig geblieben seien die genannten zwei Immobilien. Der Sattelhof sei nicht für eine Kita-Einrichtung geprüft worden.

Herr Nowack ergänzt, dass das jetzige Nordenholz-Gebäude wahrscheinlich komplett abgerissen und neu aufgebaut werde, finanziert durch einen privaten Investor. Da z. B. der sanitäre Aufwand für eine Kita-Einrichtung enorm sei, wurde der Sattelhof für nicht geeignet befunden.

Frau Wursthorn erklärt, die Kalkulierung der Zuzüge errechne sich aus den bekannten Zahlen des Einwohnermeldeamtes, die sofort in Planungen mit einbezogen werden. Horte seien in diesem Konzept nicht vorhanden. Es gebe auch einen Beschluss zur Ausweitung an Ganztagschulen, dort seien die Hort-Bedarfe anzusiedeln.

Frau Krohne fragt, wie konkret die Planungen seien, wenn man an die Finanzierung denke.

Antwort:

Frau Wursthorn hofft, dass die Planungen keine Luftschlösser sind und die Finanzierung möglichst steht. Es gebe eine enge Zusammenarbeit mit Investoren, beschließen müsse aber letztlich die Politik. Das Konzept sowie der Ausbau 2016 seien bereits beschlossen.

Herrn Koch interessieren die Bedarfe an Kita-Plätzen speziell von Alleinerziehenden. Es sei wichtig, dass diese Bedarfe möglichst genau abgebildet werden könnten.

Er merkt weiter an, dass die Beiräte nicht gezielt zum Thema Fragen stellen könnten, wenn sie nicht im Vorfeld Unterlagen zur besseren Vorabinformation bekommen würden und bittet dahingehend um Verbesserung.

Antwort:

Es wird nicht erfasst, wie viele Alleinerziehende Bedarfe haben. Bekannt sei, welche Bedarfe Eltern hätten. Da jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz habe, sei egal, wer der Erziehungsberechtigte bzw. in welcher Situation dieser sei. Zudem gebe es auch Einzelfallprüfungen mit Fragen nach Berufstätigkeiten.

Zur Information der Beiräte erklärt Frau Wursthorn, dass sie extra hier sei, um diese so früh wie möglich in die Planungen für das Konzept mit einzubinden. Die Beiräte seien die Ersten, die die Karten zu sehen bekämen. Es handele sich hier um einen ersten Aufschlag zum Thema für die Beiratsmitglieder.

Frau Reimers-Bruns fragt nochmals, wie viele Kindergartenplätze in der reformierten Kirchengemeinde ab wann zur Verfügung stehen würden. Die Kinderkrippe St. Nicolai befinde sich jetzt in der Hechelstraße und die Dependance in der Dillener Straße werde umgebaut.

Antwort:

Frau Wursthorn wird sich erkundigen und die Information nachliefern.

(Anm.:

Inzwischen ist die Antwort eingetroffen:

Die Kita der Ev. Ref. Gem. Blumenthal (Haus Blomendal) wird eine U3-Gruppe mit 8 Plätzen als Dependance in der Landrat-Christians-Str. 78 betreiben, voraussichtlich ab dem 01.10.2015.

Diese Plätze waren in der Präsentation noch nicht eingerechnet, da sie im Statusbericht II noch nicht enthalten waren.)

Herr Koch betont noch einmal, dass es ein Unterschied sei, ob der Beirat mit Unterlagen, die schon im Ressort vorliegen würden, frühzeitig informiert werde oder ob diese unvorbereitet vorgestellt würden. Wenn man nicht vorab informiert sei, sei es nicht möglich, gezielt zu fragen. Da die Beiratsmitglieder keine Fachleute seien, würden sie mehr Background benötigen.

Gerade im Bereich „Alleinerziehende“ seien intensivere Nachfragen zu erwarten. Er bittet, dies als Hinweis zu sehen, die Zahlen genauer zu untersuchen.

Herr Behlke fragt nach der Refinanzierung der Plätze. Ein Neubau auf dem Nordenholz-Gelände durch private Investoren bedeute, dass diese Gewinn machen wollten. Er hat Bedenken, dass die Kita-Plätze nachher nur für Gut-Betuchte da seien und sorgt sich, ob auch an sozial Schwache gedacht werde.

Herr Schupp meint, die Zahlen gäben eine Schwankung von ca. 40 Kindern her, dies entspräche gerade mal einer halben Einrichtung. Er möchte wissen, ob es nicht möglich sei, diese als Erweiterung einer bestehenden Einrichtung zu planen.

Antwort:

Erweiterungen wurden in den letzten Jahren einige durchgeführt, was dazu geführt hat, dass diese Einrichtungen inzwischen sehr voll seien. Man wolle Platz schaffen, um gute Qualität zu errichten, deswegen seien Neubauten geplant.

Herr Nowack dankt Frau Wursthorn für ihren Vortrag und verabschiedet sie.

TOP 6: Kultur im Stadtteil – Planungen für die nächsten Jahre dazu: Marcel Pouplier, Quartier gGmbH

Herr Pouplier erläutert, dass es sich bei Quartier gGmbH um einen kulturpädagogischen „Frühlings-Macher“-Verein handelt, der in verschiedenen Stadtteilen Bremens zusammen mit Menschen vor Ort Projekte entwickelt.

Er möchte den Zuwendungsantrag „Der fliegende Teppich“ daher gerne im Zusammenhang darstellen, da es nicht nur darum gehe, ein Projekt vorzustellen, sondern eine ganze Entwicklung in Gang zu setzen.

Es habe sich eine Initiativgruppe gegründet, die nachhaltige Impulse setzen wolle. Die Gruppe setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Schulleitung des Schulzentrums Eggestedter Straße, des DOKU Blumenthal, der Quartier gGmbH und der Quartiersmanagerin.

Es handelt sich um eine Entwicklung in drei Schritten. Im ersten Schritt habe es bereits das kleine Festival „Heimspiel“ gegeben. Inhalte waren Produktionen aus der Oberschule Eggestedter Straße, wie z. B. Kunstwerke, ein Kunstworkshop, eine Geschichtenwerkstatt und eine Radiosendung.

Der zweite Schritt beginnt nach den Sommerferien, dann werden an der Oberschule Eggestedter Straße und am Schulzentrum Eggestedter Straße durchlaufende Kunstwerkstätten eingerichtet. Über ein ganzes Jahr werden mit einem ganzen Jahrgang (insgesamt ca. 200 Schüler und Schülerinnen) Werkstätten in den Bereichen Theater, Tanz, Musik, Skulptur, Malerei aber auch Bühnentechnik veranstaltet.

Das Ganze ist finanziert über das Programm der Bundesregierung „Bündnisse für Bildung“, mit dem finanzierungsfähige Schulen wie hier unterstützt werden.

Künstler aus der ganzen Stadt kommen in die Werkstätten und arbeiten zusammen mit den Jugendlichen.

Das alles ist Teil eines Programms der Mercator-Stiftung, für das sich Schulen mit kulturellem Profil bewerben können. Kulturelles Profil bedeutet, dass die Werkstätten Bestandteil des Unterrichtsplans sind und die Schulen sich damit auch nach außen zeigen. Für den dritten Schritt konnte das Theater Bremen gewonnen werden, um auch in Blumenthal einen Tätigkeitsschwerpunkt einzurichten. Vom 2. bis 12. Juni 2016 ist ein Festival mit dem Namen „Auswärtsspiel“ geplant, Einzelheiten dazu sind noch offen und

werden später vorgestellt. Junge und alte Menschen können sich daran beteiligen, auch als Akteure. Für das Theater Bremen handelt es sich dabei um eine einmalige Geschichte, Ziel sei daher, Strukturen zu entwickeln, die das nächste Jahr überdauern. Einbezogen wird daher auch das Jenaer Zentrum für Baukultur, das wiederum mit der Hochschule für Kunst und Architektur verbunden ist. Die nächsten Schritte werden ab September starten.

Herr Thormeier fragt nach, ob die angesprochene Förderung auf Nr. 21 der Globalmittelvergabe abzielt.

Antwort: ja

Herr Thormeier fragt weiter, ob also das Gesamtprogramm gemeint sei.

Antwort: nein, der Antrag bezieht sich nur auf die Wandteppiche. Für alles, was noch kommt, wurde noch kein Antrag gestellt. Herr Nowack ergänzt, dass das Projekt „Wandteppiche“ in diesem Monat beendet wird.

Herr Balz meint, der kulturelle Stadtteil solle schon gefördert werden, ihm fehle aber das „Stück Heimat“ für ältere Menschen im Hinblick auch auf die eigene Sprachkultur, die auch jüngeren Menschen nahe gebracht werden sollte.

Veranstaltungen der Niederdeutschen Bühne oder große kulturelle Veranstaltungen, wie sie im Kito in Vegesack stattfänden, sollten auch nach Blumenthal gebracht werden. Hier gebe es nicht einmal einen Weihnachtsmarkt, geschweige denn so etwas wie ein Hafenfest.

Herr Pouplier meint, bei dem, was das Theater für das Festival vorhat, seien die Fragen: Was ist der Fokus? Was wird der Aufhängepunkt sein?

Im Moment sei es so, dass es ganz klar auf Blumenthal gehen wird mit der Geschichte des Stadtteils. Was dann im Einzelnen verarbeitet werde, hänge auch davon ab, was an Input aus dem Stadtteil kommen werde.

Herr Bienzeisler merkt an, dass es ja u. a. die Lüssumer Volksbühne gebe. Er fragt, wie das Festival durchgeführt werde, z. B. ein Open-Air-Festival oder auf dem Marktplatz?

Herr Pouplier möchte dazu noch nichts sagen, sondern sich erst mit der neuen Dramaturgin absprechen, die ihre Ideen gerne selber vorstellen möchte.

Es gibt keine weiteren Fragen.

TOP 7: Bericht aus dem WiN-Quartier Blumenthal dazu: Carola Schulz, Quartiersmanagerin

Einleitend berichtet Frau Schulz über die Entstehung und Ausrichtung der Stelle der Quartiersmanagerin.

Es wurden besondere Stadtteile ausgewählt, die besondere Förderung erhalten und in das Programm WiN als Gebiet mit „Flankierender Förderung“ aufgenommen wurden. Damit wurde die notwendige finanzielle Ausstattung des Vorhabens zur Entwicklung des Quartiers bereitgestellt. Durch die Aufnahme in die Organisationsstruktur des Programmes WiN verbessern sich die Arbeitsmöglichkeiten der Quartiersmanagerin erheblich. Sie kann die bewährten Strukturen und Organisationsbausteine anpassen und übernehmen und ist zudem in einen fachlichen Austausch eingebunden.

Zu „echten“ WiN-Gebieten unterscheidet man über die Höhe der Gelder und über die Gebietszuschnitte. Der Bereich von Frau Schulz umfasst die Flethestraße/Fresenbergstraße/Lüder-Clüver-Straße/Kapitän-Dallmann-Straße/Mühlenstraße und George-Albrecht-Straße. Erste Aufgabe von Frau Schulz war die Kontaktaufnahme mit den Menschen im Quartier, den verschiedenen Institutionen, politischen Gremien und anderen lokalen Akteuren. Frau Schulz ist inzwischen gut im Quartier bekannt und vernetzt und konnte bereits erste Maßnahmen umsetzen. Der Quartierstreffpunkt befindet sich in der Kapitän-Dallmann-Str. 18.

Als Probleme wurden insbesondere identifiziert die schlechte Qualität der Wohnungen, der Aufenthaltsstatus (viele der Bewohnerinnen und Bewohner haben den Duldungsstatus, d. h. eine Aussetzung der Abschiebung mit halbjährlicher Verlängerung, z. T. seit 8 – 12 Jahren), die isolierte Lebenssituation vieler Frauen, fehlende Lese-, Schreib- und Sprachkenntnisse, Schreiben der Behörden werden nicht verstanden. Deshalb sollen (und

wurden bereits) niedrigschwellige Angebote aufgebaut werden, mit denen die Bewohner erreicht werden können und um damit ihre Lebensbedingungen zu stabilisieren und zu verbessern.

Schwerpunkte sind dabei u. a. Bildung, Wohnumfeldverbesserungen, Verbindung des nachbarschaftlichen Miteinanders.

Die Situation der Kita-Betreuung im Zentrum schätzt Frau Schulz als eher schlecht ein.

Das Projekt „Heimspiel“ wurde bereits von Herrn Pouplier erwähnt – dieses war eins der ersten Projekte mit Fokus auf Nutzung der Leerstände.

Weiter gibt es das Projekt „temporäre Spielstraße“ in der George-Albrecht-Straße.

Auch der Vorschlag zum Aufbau einer Kita-Betreuung im ehemaligen Nordenholz-Gebäude wurde über die Quartiersarbeit eingebracht.

Zukünftig sollen weitere neue Angebote errichtet und die bestehenden verankert werden. Es hat sich herauskristallisiert, dass die Menschen die Angebote nutzen. Es wurden bereits Gelder für die nächsten 5 Jahre aus dem Projekt „Familienarbeit“ akquiriert. Geplant ist auch ein beratendes Projekt mit Nachbarn aus Bulgarien. Das Familienfest auf dem Schillerplatz ist ein Gemeinschaftsangebot Blumenthaler Einrichtungen.

(Anm.: Zur besseren Übersicht werden die Antworten auf die anschließenden Fragen zum Bericht im Protokoll den Fragen angegliedert; während der Sitzung wurden die Fragen gesammelt und anschließend beantwortet)

Herr Balz fragt nach, ob das Spielmobil, das von Bürgerin B gewünscht wird, auch zum Aufgabenbereich der Quartiersmanagerin gehört.

Antwort:

Herr Nowack erläutert, dass die Bürgermeister-Kürten-Straße zum WiN-Gebiet Lüssum gehört.

Frau Schulz ergänzt, dass ein Spielmobil sicher auch dort möglich sei, man könne die Anfrage an Frau Binne weiterleiten. Als größere Anforderung gelte es, die Spielplätze besser auszustatten.

Herr Pfeiff interessiert, in wie weit die Arbeit von Frau Schulz zur Verbesserung und Entspannung im Quartier beigetragen hat und ob sie Wünsche an den Beirat hat.

Antwort:

Frau Schulz antwortet, sie stehe bei manchen Aspekten inzwischen in direkter Kommunikation mit den Bewohnern. Es gebe immer noch einige ältere Bewohner, die dem „alten Blumenthal“ nachtrauern, aber auch sehr viele, die sich total wohl fühlen, dies auch gerade in den Gruppen, denen Konflikte nachgesagt werden. Diese wüssten um ihre Probleme, würden aber inzwischen Vertrauen fassen.

Probleme gebe es noch im Miteinander, es gebe Ausgrenzungstendenzen zwischen Bewohnergruppen und es seien viele Vorurteile vorhanden. Über die Projekte ist ersichtlich, dass über gemeinsames Handeln „was geht“. Übergreifende Themen seien besonders Kinder und Bildung. Die Konkurrenz in bestimmten Schichten sei groß bei Themen wie Wohnraum oder Arbeitsplätzen, von daher dürften diese nicht vergessen werden.

Von allem Guten profitiere vor allem das Gemeinwesen.

Herr Bienzeisler bezieht sich auf die angedachten 100 neuen Kita-Plätze auf dem Nordenholz-Gelände und fragt, ob diese Zahl nach Ansicht von Frau Schulz ausreichend sei.

Antwort:

Frau Schulz meint, das könne man so nicht wissen. Es gebe zurzeit eine Warteliste in den Kitas, mit dem neuen Angebot wird ein Entlastungseffekt erhofft, um auch durchgängige Angebote zu schaffen. Nordenholz sei ein Anfang, parallel dazu seien Planungen für weitere Einrichtungen wünschenswert.

Frau Reimers-Bruns fragt, ob der Beirat sich stark machen sollte für die Einrichtung eines richtigen WiN-Gebietes und in wie weit der Beirat in Sachen Kita-Betreuung unterstützen könne.

Antwort:

Um die WiN-Gelder für die kommenden Jahre zu sichern, sei es wichtig, dass der Beirat zur richtigen Zeit ein entsprechendes Votum abgibt und weiter kritisch die Ausbauplanung und die Impulsmittel für Spielplätze nachfragt.

Herr Behlke gibt Frau Schulz teilweise Recht, was die Finanzierung angeht. Seiner Ansicht nach werde aber auch die Polizei gebraucht, da sich im Quartier teilweise 30 bis 40 Menschen gegenseitig den Schädel einschlagen würden. An Herrn Cassens gerichtet fragt er, ob es mehr Kontrollen geben werde, sollte die Lage sich verschärfen.

Antwort:

Frau Schulz meint, sie habe den Eindruck, im Quartier sei es eher ruhiger geworden. Die Auseinandersetzung, auf die Herr Behlke sich bezieht, habe in der Mühlenstraße stattgefunden und nichts mit dem Quartier zu tun. Die Beteiligten kamen aus anderen Ortsteilen. Es sei Zufall gewesen, dass die Leute aufeinander getroffen sind. Der Quartiersbereich wurde schon 2014 aus dem Gefahrenbereich herausgenommen, weil u. a. die Einbrüche zurückgegangen seien.

Herr Behlke betont, ihm ginge es nicht um Einbrüche, sondern um Gewalt und Drogenhandel.

Herr Cassens erläutert, der Einsatz von mehr Polizei sei eine politische Entscheidung. Auf Vorfälle werde in jedem Fall reagiert. Den besagten Vorfall, der sicher über das normale Maß hinausging, dürfe man jedoch nicht auf das Quartier übertragen.

Herr Nowack ergänzt, solche Auseinandersetzungen kämen in jedem Stadtteil vor, es sei nicht gut, nach außen zu transportieren, dass es sich ausschließlich um ein Blumenthaler Problem handele.

Herr Behlke meint, seine Kritik richte sich nicht an die Polizei, sondern an die beteiligten Gruppen.

Bürger E meint, er habe sich immer im Stadtteil Blumenthal wohl gefühlt. Ein Journalist habe ihm kürzlich bestätigt, wie schön Blumenthal sei. Seit der Einrichtung des Quartiersmanagements habe er das Gefühl, die Menschen seien enger zusammengedrückt. Er habe den Eindruck, Blumenthal sei schon immer ein multikultureller Stadtteil gewesen und dies auch bleiben wird. Die Projekte seien eine große Chance für Blumenthal.

TOP 8: Disc-Golf auf der Bahrsplate dazu: Michael Rollnik, SuperFly Disc Sport

Einleitend berichtet Herr Nowack, dass es seitens des Präventionsrats den Auftrag gab, sich Gedanken über die Einrichtung einer Disc-Golf-Anlage in Blumenthal zu machen.

Herr Rollnik erläutert im Folgenden diverse Aspekte zum „Disc-Golf-Sport“ und dessen Regeln. In Woltmershausen wurde 2012 mit Beiratsmitteln eine Disc-Golf-Anlage mit 18 Bahnen in dem dort vorhandenen Park gebaut. In dem Park herrsche seit jeher viel Betrieb durch Spaziergänger, Hundehalter und Radlern, die sich mit den Disc-Golf-Sportlern wunderbar arrangiert hätten.

Ähnlich wie beim Golfen oder Minigolfen, sei beim Discgolfen das Ziel des Spiels, eine Frisbee von einem festen Startpunkt mit möglichst wenigen Würfeln in einen mit Auffangketten versehenen Disc-Golf-Korb zu werfen. Inzwischen gebe es Disc-Golf bereits als Wettkampfsport. Eine Teilnahme sei in jedem Alter möglich, so spielten auch viele Kinder mit ihren Eltern oder Großeltern.

Vor jedem Wurf habe sich ein Disc-Golfer zu vergewissern, dass durch den Wurf niemand (Mensch oder Tier) zu Schaden kommen kann. Wenn also die Bahn oder ein angrenzender Weg noch durch Andere begangen werde, so warte man, bis die Bahn wirklich sicher bespielt werden könne. Der Sport biete mehr Chancen als Risiken. Die Nutzung der Sportanlage sei frei. Es entwickelte sich ein hoher positiver sozialer Faktor, u. a. achten die Disc-Golfer auf die Sauberkeit im Park.

Zu den vorhandenen Besorgnissen zum Scheibenflug erklärt Herr Rollnik, dass es zwar passieren könne, dass jemand am Kopf getroffen werde, es jedoch äußerst selten überhaupt zu Unfällen käme. Risiken werden durch die Spieler weitestgehend vermieden. Sollte doch einmal etwas passieren, wäre der Verursacher festzustellen, da die Scheiben mit dem Namen des Besitzers versehen seien.

Frau Krohne meint, ihr werde ganz „blümerant“, wenn sie die Karte mit dem Entwurf der Anlage ansehe. Ältere Menschen in Blumenthal seien eh schon gebeutelt, mit der Errichtung einer solchen Anlage wäre die Nutzung Bahrsplate als Ruhe- und Erholungsort nicht mehr möglich. Es gebe dort bereits eine Skaterbahn und einen Bolzplatz, durch die Lärm und Belästigungen verursacht werden. Wenn sie es richtig sehe, würden die Scheiben auch über Wege hinweg fliegen. Insgesamt sei die Bahrsplate zu klein für eine solche Anlage.

Herr Rollnick entgegnet, die Wege seien bewusst gewählt worden, um im Blickwinkel der Spieler zu bleiben und tote Winkel zu vermeiden. Die Konzeption sei auf neue Spieler ausgelegt und beabsichtigt. Eine mögliche Lärmbelästigung erachtet er als gering, da die Spieler eher ruhig unterwegs seien. Der einzig etwas lautere Moment sei der, wenn die Scheibe den Korb treffe. In Woltmershausen sei die Wohnbebauung nur 30 bis 40 m von der Anlage entfernt, es habe dort noch keine Beschwerden gegeben.

Frau Reimers-Bruns erklärt, sie sei prinzipiell für eine solche Anlage. Sie irritiert eine eingezeichnete Flugbahn über die Weser. Sie fragt, ob es möglich sei, das Konzept gegebenenfalls zu ändern.

Herr Rollnick erklärt, die Flugbahn über die Weser sei eine „Hakenbahn“, die man zwar so spielen könne, aber nicht müsse. Die Bahnen und Flugwege der Anlage verlaufen insgesamt eher unten, weg von den Bänken. Der Plan sei eine erste Vision, die auch noch „auf Probe“ gespielt werden solle. Dies sei möglich durch transportable Körbe, die dazu aufgestellt werden.

Herr Thormeier steht der Anlage grundsätzlich positiv gegenüber. Die Idee eines „Probespielens“ halte er für gut.

Auch Herr Pfaff erachtet die Errichtung einer solchen Anlage als gute Idee. Er fragt, wer die Anschaffungs- und Unterhaltskosten für die Anlage trägt.

Herr Nowack erklärt, die Anschaffungskosten würden unter 10.000,00 € betragen, die der Präventionsrat und der Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal e. V. zu gleichen Teilen tragen würden. Der Unterhalt selber sei unproblematisch, da die Körbe aus feuerverzinktem Metall beständen und lediglich Infotafeln und farbige Abwurfpunkte gestaltet werden müssten.

Herr Meyer erklärt, die Fraktion der FDP sei für eine solche Anlage. Sollte es jedoch zu viel Widerspruch geben, fragt er, ob ein Alternativplan vorhanden sei.

Herr Rollnick meint, da der Aufbau nicht aufwendig sei und die Abwürfe von den Wegen aus möglich sei, wäre auch ein Rückbau nicht aufwendig.

Herr Balz fragt, ob andere Ausweichmöglichkeiten geprüft wurden. Er hält es in Anbetracht der vorhandenen Gedenkstätte auf der Bahrsplate für problematisch, dort eine solche Anlage zu errichten und meint, man möge prüfen, ob eine andere Örtlichkeit zu finden sei. Auch die Gefahr durch Treffer erachtet er für die Bevölkerung als für zu hoch.

Herr Rollnick meint, die Sorge sei verständlich, es komme jedoch kaum zu Unfällen. Auch in Woltmershausen gebe es viel Publikum, den Sportlern würde jedoch Verantwortung gelehrt. Es gebe gegebenenfalls auch Zurechtweisungen. Das Ziel sei nicht, jemanden abzuwerfen. Sollten die Sportler ins Risiko gehen, könne es schnell einen Umschlag in der Atmosphäre geben, was die Sportler nicht wollten. Die Beiratsmitglieder könnten sich gerne im Ortsamt Woltmershausen nach den gemachten Erfahrungen erkundigen.

Herr Nowack ergänzt, die Anlage sei seit 2 ½ Jahren in der Planung. Es seien alle möglichen freien Flächen in Blumenthal geprüft worden, die Bahrsplate sei übrig geblieben. Wegen der Gedenkstätte habe die zuständige Arbeitsgruppe empfohlen, einen Umkreis von 50 m um die Gedenkstätte frei zu lassen.

Herr Pfeiff möchte wissen, wie schwer die Scheiben sind und wie viele Aktivisten in Blumenthal bekannt seien.

Herr Rollnick erklärt, die Scheiben seien 100 bis 200 Gramm schwer. Die Bremen-Norder Sportler kämen überwiegend aus Schwanewede und Vegesack, die Zahl der Akteure expandiere schnell. In Woltmershausen gebe es seit 2011 eine Steigerung der Vereinsmitglieder von 17 auf 70 Personen. Aktiv seien inzwischen mehr als 300 Aktive, die teils von weit her kämen.

Herr Behlke fragt, ob das Ganze etwas für Reiche aus Schwachhausen sein solle oder ob man auch als Hartz VI-Empfänger Mitglied werden könne.

Herr Rollnick erwidert, der Vereins-Jahresbeitrag inklusive Versicherung betrage 37,00 Euro. Die Scheiben kosten zwischen 8 und 16 Euro, es gebe auch Verleihscheiben.

Frau Krohne möchte wissen, welche Flächen genau geprüft wurden. Es gebe offensichtlich einige Personen, die die Bahrsplate für nicht geeignet hielten. Sie jedenfalls möchte nicht erleben, dass Omis mit Rollator eine Scheibe an den Kopf bekämen und sich nicht mehr trauen würden, herzukommen. Älteren Menschen werde damit ihr einziges Naherholungsgebiet genommen.

Herr Nowack meint, auch in Woltmershausen würden ältere Menschen spazieren gehen, die nicht von Jugendlichen gejagt würden.

Bürger F meint, mit der Anlage solle man auf die andere Seite der Weser gehen, dort gebe es eine Sandfläche. Disc-Golf sei ein Strandsport, der nicht auf die Bahrsplate gehöre. Man solle die Bahrsplate nicht zur Sportstätte machen.

Herr Nowack erklärt, die infrage kommenden Flächen, also jede große freie Fläche, wurden durch den Präventionsrat, den Förderverein Bürgerstiftung e. V., Herrn Rollnick und ihm selber geprüft, hätten aber von der Lage oder von den Gestaltungsmöglichkeiten her nicht gepasst.

Frau Reimers-Bruns dankt Herrn Rollnick für seine Ausführungen und meint, da es sich hier um etwas Positives für Blumenthal handele, was zudem vom Präventionsrat empfohlen worden sei, solle man dieses nicht einfach von Tisch wischen und den Test-Parcours mitmachen, bevor man sich weiter die Köpfe heiß rede.

Herr Thormeier schließt sich dem an. Am Montag soll im Sprecherausschuss ein Termin vereinbart werden.

TOP 9: Vergabe von Globalmitteln

Herr Meyer hat schriftlich Veränderungen der bisherigen Vorschläge seiner Fraktion zu den Positionen 17 und 29 verteilt.

Herr Thormeier erklärt, nach den Erläuterungen von Herrn Pouplier habe sich die CDU-Fraktion entschieden, für Position 21 die beantragte Summe freizugeben.

Herr Nowack erläutert, dass alle Fraktionen im Vorfeld ihre Vergabe-Vorschläge zu den einzelnen Anträgen eingereicht hätten. Die Vorschläge der SPD und der CDU seien deckungsgleich und würden daher bei der Abstimmung eine Mehrheit erhalten. Er fragt, ob von daher eine Abstimmung en bloc über alle Vorschläge möglich sei. Dem wird zugestimmt, Frau Krohne erklärt jedoch, sie fände es nicht gut, einer „Event-Agentur 750,00 Euro in den Rachen zu schmeißen“. Sie sehe nicht ein, eine Firma zu sponsern.

Es folgt die Abstimmung über die Verteilung der 2. Rate der Globalmittel entsprechend den Vorschlägen der SPD und CDU en bloc.

Ergebnis:

10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Die Vergabe erfolgt damit entsprechend den Vorschlägen der SPD und CDU.
Eine Übersicht ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

TOP 10: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **SPD – Anforderung des Arbeitsprogramms für die Bearbeitung der Bauleitpläne**
- b. **Die Linke – Antrag zur Besichtigung des Tanklagers**
- c. **SPD – Antrag auf Veröffentlichung des neuesten Sachstandsberichtes zum Tanklager Farge**
- d. **SPD – Erstellung eines neuen Parkplatzkonzeptes für das Blumenthaler Zentrum**
- e. **FDP – Berücksichtigung kleiner Parteien in der Beirätekonferenz**

Herr Nowack erläutert, dass alle Anträge im Sprecherausschuss vorberaten wurden. Dabei wurde Einigkeit darüber erzielt, dass trotz der nicht eingehaltenen Fristen bei der Einreichung der Anträge die Dringlichkeit nicht beschlossen werden muss.

Herr Thormeier möchte Abbitte leisten, da er wegen der Antragsfrist einen Antrag zur zukünftigen Nutzung des Blumenthaler Rathauses nicht gestellt habe und bittet, diesen noch unter Punkt f. abzuhandeln. Damit sind alle Beiratsmitglieder einverstanden.

a. SPD – Anforderung des Arbeitsprogramms für die Bearbeitung der Bauleitpläne

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis:

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

b. Die Linke – Antrag zur Besichtigung des Tanklagers

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis:

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

c. SPD – Antrag auf Veröffentlichung des neuesten Sachstandsberichtes zum Tanklager Farge

Der Antrag wird zum gemeinsamen Antrag aller Fraktionen erhoben.

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis:

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

d. SPD – Erstellung eines neuen Parkplatzkonzeptes für das Blumenthaler Zentrum

Der Antrag wird zum gemeinsamen Antrag aller Fraktionen ohne BiW erhoben.

Herr Balz erklärt, der BiW würden Informationen einer Kosten-Nutzen-Gegenüberstellung fehlen.

Über den Antrag wird abgestimmt:

Ergebnis:
12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

e. FDP – Berücksichtigung kleiner Parteien in der Beirätekonferenz

Herr Koch möchte sich dafür aussprechen, dass kleinere Parteien, die in mindestens 5 Beiräten vertreten sind, eine Chance im Sinne der Demokratie erhalten.

Herr Thormeier sieht die Notwendigkeit nicht, da auch kleine Parteien bereits die Möglichkeit haben, an der Beirätekonferenz teilzunehmen. Auch bei Annahme des Antrags hätten sie noch kein Stimmrecht.

Frau Krohne geht es darum, transparent informiert zu werden. Sie meint, größere Parteien könnten in diesem Fall auch Größe zeigen.

Herr Nowack erläutert, dass eine Mitbestimmung nur über eine Gesetzesänderung erreichbar sei und über die Bürgerschaftsfraktionen eingebracht werden müsse. Zum Verständnis möchte er wissen, ob, wenn eine Partei 5 Sitze in 5 Beiräten hätte, diese alle teilnehmen sollten oder einen auswählen würden.

Herr Meyer erläutert, die FDP würde monieren, dass generell kleinere Parteien in Entscheidungsgremien ausgeschlossen seien. Im Sinne der Demokratie möchte man auf Augenhöhe mitentscheiden.

Frau Reimers-Bruns erachtet den Antrag als ein bisschen kompliziert, wenn ein Beschluss sich nicht mit dem Gesetz decken würde, dieser hätte dann nur einen Aufmerksamkeitscharakter. Sie schlägt vor, das Thema im Gremium vor Ort anzusprechen um auch die Tendenzen anderer Beiräte abzuchecken. Da die Vertreter der Parteien entsprechend der Wahl in den Beiräten säßen, wäre der Antrag ein Papier für eine Diskussionsgrundlage.

Herr Balz schließt sich Frau Krohne an. Transparenz sei nötig, um auch Zugriff auf Protokolle zu haben. Um Vertrauen in die Position der Beiratssprecherin aufzubauen, solle man dieser vielleicht beipflichten.

Herr Meyer meint, Frau Reimers-Bruns zeige zumindest schon Entgegenkommen, über das Thema nachzudenken. Andere Beiräte hätten dem Antrag schon zugestimmt. Der Antrag könne als Grundlage dienen, um dem Gremium aufzuzeigen, dass etwas geändert werden sollte. Der Einblick in Protokolle und Informationen sei für die interfraktionelle Arbeit wichtig.

Herr Koch stellt die Frage an die SPD und die CDU, was diese sich vergeben würden, wenn eine einzige Person ohne Stimmrecht, aber mit beratender Funktion einen Sitz einnimmt. Wenn Frau Reimers-Bruns jedoch schon darüber reden wolle, dann wäre es gut, dies mit einem Votum des Beirats zu tun.

Herr Thormeier geht es darum, den Antrag als Papiertiger zu entlarven. Jedes Beiratsmitglied hat bereits Anrecht auf Einsicht in die Protokolle und an der Teilnahme an einer Sitzung.

Frau Krohne meint, dieser Antrag sei vor 4 Jahren schon gleichlautend von den Linken gestellt worden. Sie habe keine Einladungen und Termine bekommen. Man sollte deutlich machen, dass der Beirat anerkennt, dass auch kleinere Parteien gewählt worden seien.

Herr Nowack verweist darauf, dass alle Beiratsmitglieder an einer Beirätekonferenz teilnehmen könnten. Protokolle und Einladungen würden auf der Homepage der Beirätekonferenz veröffentlicht werden und seien dort einsehbar. Für Änderungen sei als Gesetzgeber die Bremische Bürgerschaft zuständig, nicht aber der Beirat. Jeder, der an einer Beirätekonferenz teilnehmen wolle, könne dies tun.

Frau Reimers-Bruns appelliert an Herrn Meyer, den Antrag zurückzuziehen. Das Thema könne dann weiter besprochen werden und über die Bürgerschaftsfraktionen eingebracht werden. Man solle nur Beschlüsse beschließen, die Hand und Fuß hätten. Diskutiert werde das Thema auf jeden Fall.

Herr Meyer möchte den Antrag nicht zurückziehen.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis:
6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

f. CDU – Das Rathaus Blumenthal wieder in eine bessere öffentliche Nutzung überführen als gemeinsamer Antrag der Blumenthaler Beiratsfraktionen

Herr Thormeier verliert den Antrag.

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.
Ergebnis:
15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Die Dringlichkeit ist damit angenommen.

Über den Antrag wird abgestimmt:
Ergebnis:
14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 11: Wahl eines Mitglieds für den Ausschuss „Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen“ gemäß § 12 Abs. 9 e) GO

Zur Wahl steht die Entsendung eines Mitglieds der Fraktion der BiW in den Ausschuss „Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen“. Vorgeschlagen wurde Herr Balz.

Herr Balz beantragt eine geheime Abstimmung.

Mit Herrn Cassens zur Auszählung der Stimmen sind alle Beiratsmitglieder einverstanden.

Ergebnis der Wahl:
15 Stimmzettel wurden abgegeben, davon waren 14 gültig. Die Auszählung ergab
4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Damit wurde Herr Balz nicht gewählt.

TOP 12: Verschiedenes

Herr Meyer möchte für die FDP in Form einer Spende zeigen, dass die FDP zu dem Großteil des Beirats gehört, der die Flüchtlinge unterstützt und überreicht ein Geschenk an Herrn Thormeier als Vertreter der Flüchtlingsinitiative.

Herr Balz erklärt, er werde die Wahl zu TOP 11 ein zweites Mal anfechten und meint, das Abstimmungsverhalten der Beiratsmitglieder werde die Zusammenarbeit nicht verbessern.

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

15.07. 18.30 Uhr Bremen nach der Wahl – wie umgehen mit rechtspopulistischen Parteien?
Diskussionsveranstaltung in der ev. ref. Kirche an der Landrat-Christians-Straße

18. 07. GEWOBA-Treppenlauf und Mieterfest am Lüssumer Ring

22. 07. 14:00 Uhr Sommerfest im KFZ am Pürschweg

22. 07. 18:30 Uhr Blumenthaler SV – Werder Bremen im Burgwall-Stadion

13.09. 12:00 Uhr Tag des offenen Denkmals

14.09. 19:00 Uhr Sitzung des Blumenthaler Beirats im SZ Eggestedter Str.

Für das Sommerfest auf dem Schillerplatz am 17.07.2015 wurden bereits Flyer verteilt.

Herr Nowack beendet die Sitzung um 22:15 Uhr.

gez. Nowack

gez. Reimers-Bruns

gez. Rohde

Vorsitzender

Beirat (Frau Reimers-Bruns)

Protokoll

Anlagen:

- Power-Point-Präsentation „Konzept zum sozialräumlichen Ausbau“
- Übersicht Vergabevorschläge Globalmittel